



Bekleidungshaus bleibt Fliesengeschäft

Von dem, was wir nicht brauchen, haben wir genug



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erfahrungsgemäß ist die Zeitung zwar schon vor dem Jahreswechsel bei Euch, aber tut einfach mal so, als sei es schon 2014, damit Ihr meine lieben Wünsche für ein gesundes neues Jahr und für Euer privates und dienstliches Wohlergehen entgegennehmen könnt. Ich wünsche all denen, die sich reformbedingt noch immer mit einer Menge Ungewissheit über ihre künftige Verwendung sorgen, dass sich in diesem Jahr alles zum Guten klärt. Zu vielen Bedenken wird es 2014 Klarheit geben, und sei es nur durch die Erkenntnis, dass sie berechtigt waren.

In wenigen Wochen wird die letzte LPI an die Landeseinsatzzentrale abgeschlossen und dann kommt auch hier die Stunde der Wahrheit. In noch keinem Gespräch zur LEZ hat man bislang der gewerkschaftlichen Überzeugung widersprochen, dass unser Personal für die Übernahme der Gesamtnotrufversorgung des Freistaates nicht ausreichen wird. Bei so manch einem langjährigen Mitarbeiter aus den alten regionalen Einsatzzentralen wird sich bald das Gefühl einstellen, als würde ihm das „Headset“ ins Gesicht hineinwachsen.

Seitens der GdP schließen wir nicht aus, dass dem bisherigen Ruf nach einem Zwölf-Stunden-Dienst in der LEZ

vielleicht schon bald ein Ruf nach kürzeren Arbeitszeiten folgt, denn vergnügenssteuerpflichtig wird die Tätigkeit hier gewiss nicht sein. Verständnisprobleme aufgrund der verschiedenen Dialekte werden sich vermutlich eher gering halten, dafür werden die regional-geografischen Bezeichnungen in Erfurt, die der Schutzmann vor Ort natürlich kennt, zur größeren Herausforderung.

Was sich aber am extremsten auswirken wird, ist die Tatsache, dass ein nicht unbeachtlicher Teil der bisherigen Einsatzabwicklung per Handy oder „WhatsApp“ erfolgte, ob man es nun warhaben will oder nicht. Für derartige Kommunikationswege gibt es in der LEZ nun aber keine Telefonnummern. Der Dienstschichtleiter vor Ort hatte da schon noch eine reale Chance, von der Seite auf einen anliegenden Folgeauftrag aufmerksam zu machen und seine Kollegen zu ermuntern, jetzt den „Riemen auf die Orgel zu schmeißen“. Ganz gleich, ob in der LEZ manuell notiert oder durch computergestützte Statusmeldungen, die Streifenbesatzung 2014 wird nach einem Einsatz erst wieder zur Verfügung stehen, wenn sie selbst den Status „FREI“ versendet und das kann dauern! Dafür sind fortan aber die Stellungnahmen darüber, warum die Streife zu spät oder vielleicht gar nicht bei dem erschien, der die Polizei rief, künftig in Erfurt zu schreiben und das freut vor Ort.

Das Jahr 2013 haben wir traditionell wieder mit einem Polizeigottesdienst, diesmal in Nordhausen, ausklingen lassen. Die Polizeiseelsorge und unsere Pfarrer gehören mittlerweile diskussionslos zur Thüringer Polizei dazu und so selbstverständlich wie sie uns im täglichen Einsatz, nicht nur bei der Überbringung von Todesnachrichten unterstützen, so zuverlässig findet sich die Polizeiführung auch beim Polizeigottesdienst ein. Nur beim Gebet ist es still in den Reihen der geografisch sortierten Polizeiführer, die im beigetretenen deutschen Staat zuvor eben genau nicht wegen ihrer Kirchengenossenschaft in den Polizeidienst kamen. An der

Stelle sind wir vielleicht doch noch kein Spiegelbild der Gesellschaft, aber der respektvolle Umgang mit den Vertretern der Kirche und die Dankbarkeit unterscheidet jene Polizeiführer nicht von allen Kirchensteuerzahlern.

Die Gewerkschaft der Polizei ist Karl-Josef Wagenführ und Michael Zippel auch sehr für alle ihre Mühen im Dank verbunden und besonders dafür, dass sie unseren verstorbenen Kolleginnen und Kollegen in jedem Jahr eine besondere Ehrung zukommen lassen, wie es der Dienstherr nicht besser könnte. Es klingt zwar komisch, von Gemeinsamkeiten der Gewerkschaft und Kirche zu sprechen, es ist aber so. Deshalb haben wir in der letzten Landesvorstandssitzung auch beschlossen, beide Pfarrer zu unserem Landesdelegiertentag im Frühjahr einzuladen.

Schade nur, dass sich die Kirche zu unserem Polizeigottesdienst nicht ganz von allein mit Uniformträgern füllt. Alle Jahre wieder bedient man sich dafür eines Tricks und entsendet eine Hundertschaft aus der Ausbildungsstätte. Von dort sind in diesem Jahr aber nur 30 gekommen. Warum? – Mehr haben noch keine Uniform.

In der DDR nannte man das Fischgeschäft auch „Fliesenladen“. Da in den Regalen keine Ware lag, blickte man auf die Fliesen, und so ist auch unser Einkleidungshaus immer noch ein Fliesengeschäft. Man bekommt Uniformen in den Größen der Beamten, die wir nach den Einstellungsvorgaben gar nicht haben dürfen, Gürtel und Damenstrümpfe. Auch da ähnelt unsere Beschaffung der DDR-Wirtschaft, denn von dem, was wir nicht brauchen, haben wir genug! Die meisten Beschwerden regnet es derzeit tatsächlich zum Thema Einkleidungshaus, doch bei einem europaweiten Ausschreibungserfordernis kann man die vergessene Bestellung so schnell nicht heilen. Hoffentlich erfolgt die Beurteilung der für diese Misere Verantwortlichen auch

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

nach dem Prinzip der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung. Man munkelt da allerdings schon wieder von einer umgekehrt proportionalen Beurteilungsnote in Richtung „6,33“.

Verwunderlich sind allgegenwärtig auch die unterschiedlichsten Anforderungsprofile bei Ausschreibungen gleicher Dienstposten, soweit überhaupt welche anhängen. Mancherorts muss ein Sachbearbeiter für Tötungsdelikte vorher nur in der Polizei gewesen sein und an anderer Stelle werden Erfahrungen in der Stabsarbeit abgerufen, wo man sie nicht braucht. So darf man sich auf dem einen Dienstposten völlig unerfahren einmal üben und auf dem anderen soll man das, was man werden will, schon zehn Jahre gemacht haben. Daneben teilt man Polizeiobermeistern schriftlich mit, dass man sie nicht zur Amtszulage befördert und das Sammelsurium an Pannen erklärt man uns damit, dass drei bis fünf Jahre ganz normal wären, bis so eine neue Behörde richtig läuft. Wir sollen uns deshalb über nichts wundern. Wir wundern uns aber trotzdem und erlauben uns, in Eurem Interesse, offen darüber zu reden!

Euer Landesvorsitzender

Es tut sich was in der Auenstr.

Erfurt (eg). Der Neubau der Geschäftsstelle der GdP Thüringen in Erfurt schreitet voran. Im Bild ist zu erkennen, dass die Wände Anfang Dezember schon hochgezogen waren. Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird auch die Decke schon gegossen und verschweißt sein. Gutes Wetter vorausgesetzt, sollen 2013 auch die Fenster noch montiert werden, sodass über den Winter der Innenausbau durchgeführt werden kann.

Leider hat sich das ganze Projekt um rund zwei Monate verzögert, weil die Baufirma, die ursprünglich das günstigste Angebot abgegeben hatte, einerseits noch vertragliche Probleme sah und andererseits offensichtlich gar nicht in der Lage war, die erforderlichen Baukapazitäten bereitzustellen. So musste die Servicegesellschaft als Bauherrin leider von dem Vertrag zurücktreten und in neue Verhandlungen mit dem zweitplatzierten Bieter eintreten. Durch großes Verhandlungsgeschick ist es dem baubegleitenden Architekten Günther Hucke gelungen, noch unter dem Angebot zu bleiben und dadurch Mehrkosten zu vermeiden. Die nun beauftragte Baufirma Hennig aus Urbach hat unmittelbar nach Vertragsabschluss im Oktober mit den Arbeiten be-

gonnen und leistet seitdem solide Arbeit.

Inzwischen konnten weitere Bauleistungen wie Fenster und Türen vertraglich gebunden werden und die Verträge für den Innenausbau sind ebenfalls bereits geschlossen oder stehen unmittelbar vor dem Abschluss. Die Arbeiten werden sich insgesamt jedoch mindestens bis Ende des 1. Quartals 2014 hinziehen und sind insbesondere für den Außenbereich natürlich auch sehr vom Verlauf des Winters abhängig. Deshalb war es wichtig, den Bau erstmal „zu“zubekommen und bei ungünstiger Witterung weiter bauen zu können.

Der vom Landesvorstand gebildete Bauausschuss bereitet mit dem Architekten die Entscheidungen vor und trifft sie mit Augenmaß. In der Geschäftsstelle soll ein Standard realisiert werden, der auch in einer neu gebauten Polizeidienststelle anzutreffen wäre, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die GdP will keinen Luxusbau, aber vernünftige Bedingungen für ihre Mitarbeiter.

Leider kommen wir nun mit dem Umzug in die neue Geschäftsstelle in die Nähe des Landesdelegiertentages. Das sind zwei große Herausforderungen, die nahezu parallel zu bewältigen sind. Besonders die Seniorengruppe Erfurt hat der Geschäftsstelle bereits umfangreiche Hilfe zugesagt, um beide Aufgaben gut meistern zu können.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 598950
Telefax: (0361) 5989511

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
LPI Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Unsere Geschäftsstelle wächst

Foto: Große



Zum Thema Y-Ausbildung schreibt ein Leser:

Mit Interesse verfolge ich die Diskussion um die Y-Ausbildung. Gemeint ist eine spezialisierte Ausbildung für die Kriminalpolizei noch während der Grundausbildung von Polizeibeamten. Es handelt sich dabei um ein Lieblingsthema des BDK. Die Diskussion wird auch in Thüringen schon seit Jahren geführt und es gibt sicher gute Gründe für und gegen die Y-Ausbildung. Vielleicht kann ich ja auch noch ein paar Argumente beisteuern.

Ich bin seit vielen Jahren im Ermittlungsdienst tätig und ich kann aus eigener Erfahrung sagen, so sehr unterscheidet sich meine Tätigkeit gar nicht von der eines Mitarbeiters oder Sachbearbeiters im Kommissariat 2 unserer Kriminalpolizeiinspektion. Es ist jedoch eine Tatsache, dass man sich die Routine, die in meiner Tätigkeit erforderlich ist, und das notwendige Fachwissen erst im Laufe der Jahre aneignet.

Würde uns da eine veränderte Ausbildung der Polizei- oder Kommissarsanwärter tatsächlich etwas helfen? Grob gesagt besteht die Arbeit der Polizei doch aus zwei großen Bereichen, der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung. Andere Aufgaben der Polizei möchte ich an der Stelle etwas vernachlässigen. Nun gibt es ein einfaches Bild, nachdem die Schutzpolizei für die Gefahrenabwehr und die Kriminalpolizei für die Strafverfolgung zuständig ist. Schon dieses Bild ist völlig falsch, denn 70 Prozent und mehr Straftaten werden von der Schutzpolizei bearbeitet.

Diebstahlsdelikte mit einem Schaden bis 3999 Euro landen unter anderem auf meinem Tisch, ab 4000 Euro gehen sie in der Regel zur Kriminalpolizei. Soll nun meine Ausbildung wegen hundert oder tausend Euro mehr oder weniger Schaden eine andere sein, als die meines Kollegen bei der Kriminalpolizei? So, wie unsere Ausbildung angelegt ist, geht es doch erstmal darum, einem Anwärter beizubringen, was Polizei ist, wie sie funktioniert und was sie leisten muss. Dazu bedarf es sowohl einer Menge Rechtskenntnisse, als auch vieler praktischer Fähigkeiten und Fertigkeiten, die zum Teil bereits während der Grundausbildung der zukünftigen Beamten des mittleren oder gehobenen Polizeivollzugsdienstes gelehrt und verinnerlicht werden müssen, damit eine Frau oder ein Mann überhaupt Polizeibeamtin oder -beamter sein kann.

Die meisten Anwärter kommen direkt von der Schulbank zur Polizei. Wenn es

nach den Verfechtern der Y-Ausbildung geht, dann sollen die Anwärter nach ein oder zwei Jahren Ausbildung in zukünftige Schutz- oder Kriminalpolizisten getrennt werden. Wollen und vor allen Dingen können wir wirklich zu einem so frühen Zeitpunkt schon eine derartig weitreichende Festlegung treffen. Was ist, wenn wir später feststellen, dass die Kollegen oder der Kollege entweder nicht für die Ermittlungstätigkeit geeignet ist oder wenn dies im Nachhinein doch nicht ihren oder seinen persönlichen Wünschen und Neigungen entspricht? Die heutige Ausbildung vermittelt Grundwissen für alle Verwendungen in den klassischen Tätigkeiten der Polizei. Ein Wechsel zwischen den einzelnen Dienstposten ist problemlos machbar. Mit einer relativ kurzen Einarbeitungszeit ist es möglich, außerhalb der Kriminalpolizei eingesetzt zu werden. Mit einer spezialisierten Grundausbildung wären ganz andere Maßnahmen erforderlich, wenn jemand in der Kriminalpolizei doch nicht „einschlägt“.

Die Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten beginnt doch nicht erst, wenn die Kriminalpolizei auf den Plan tritt. Sie beginnt doch bereits, wenn sich jemand an die Polizei wendet und straftatverdächtige Umstände mitteilt. Von da an bis zur Sachbearbeitung kann ziemlich viel schiefgehen. Nimmt der aufnehmende Polizeibeamte die Sache nicht ernst und wimmelt er den Anzeigerstatter ab, bleibt eine Straftat möglicherweise unentdeckt oder die Strafverfolgung wird vereitelt. Zertrampeln die eingesetzten Schutzpolizisten die Spuren am Tatort, dann kann sie kein Kriminaltechniker wieder herstellen und die Beweisführung ist vielleicht nicht mehr möglich. Versäumt es der Dienstschriftleiter, den Kriminaldauerdienst zu informieren, dann können wichtige Zusammenhänge vielleicht nicht hergestellt werden. Nach Inbetriebnahme der Landeseinsatzzentrale kommen da vielleicht sogar nochmal zusätzliche Probleme auf uns zu.

In den Praktika der Anwärterinnen und Anwärter kommen hin und wieder auch mal zukünftige Kollegen auch in unseren Bereich. Ich staune immer wieder, was die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes heute in der Modulausbildung gelehrt bekommen und wie sicher sie durch die praktische Übung in den Tatortwelten das Gelernte bereits im Praktikum anwenden. Das ist aber gerade der Vorteil der Universalausbildung, dass der so Ausgebildete sich sehr schnell in eine bestimmte Tätigkeit einarbeiten kann, weil er sie in den Gesamtzusammenhang einordnen kann.

Davon haben auch in Thüringen schon ganze Generationen von Kriminalisten und Ermittlern der Schutzpolizei profitiert. Die Ermittlungserfolge und guten Ergebnisse in der Polizeilichen Kriminalstatistik zeigen doch gerade, dass unser System der Ausbildung funktioniert, denn es sind ja nicht nur die Erfolge der Kriminalpolizei, sondern der gesamten Thüringer Polizei.

Spezialisierung ist notwendig, das steht für meine Gewerkschaft außer Frage. Ich kann mich auch erinnern, dass meine Gewerkschaft im Rahmen von PSR vorgeschlagen hat, die Dienstposten der Kriminalpolizei alle dem gehobenen Dienst zuzuordnen und alle heutigen Kriminalisten dazu auch in den gehobenen Dienst zu bringen. Ich kann mich erinnern, dass meine Gewerkschaft den Vorschlag gemacht hat, die Bearbeitung von Straftaten in einer Organisationseinheit zu konzentrieren und dadurch die notwendigen Personalressourcen zu sichern und die erforderliche Spezialisierung zu gewährleisten. Dadurch könnte meiner Meinung nach in Thüringen die Bekämpfung von Straftaten noch verbessert werden und nicht durch die Y-Ausbildung.

Bisher werden immer wieder Schutzpolizisten in der Kriminalpolizei erprobt. Wenn in dieser Erprobungszeit, in der die Kollegen auch von ihrer praktischen Erfahrung als Schutzleute oder -frauen profitieren, sich herausstellt, dass die Kollegen für die Kriminalpolizei geeignet sind, dann sollten sie durch ein ordentliches Ausschreibungsverfahren auf den Dienstposten kommen und dort dann im erforderlichen Umfang spezialisiert werden. Dieses System hat sich nicht nur in Thüringen bewährt und wenn ich mich mit Kollegen aus der K unterhalte, dann bestätigen mir die Kriminalisten immer wieder mal, dass sie ihre Tätigkeit bei der Schutzpolizei bis heute nicht missen möchten.

Für Kriminalisten ist in Thüringen die erste Spezialisierung durch den Kriminalfachlehrgang vorgesehen. Wenn sich die Arbeit in der Kriminalpolizei und im Ermittlungsdienst zum Teil nur durch eine willkürlich gezogene Wertgrenze beim Diebstahl unterscheidet, warum durfte ich dann als Ermittler nie einen Kriminalfachlehrgang besuchen. Die GdP ist nach meiner Erfahrung nicht gegen die Kriminalpolizei, auch wenn BDK-Funktionäre dies in der Diskussion um die Y-Ausbildung jetzt gern so hinstellen. Jeder sollte mal darüber nachdenken, wer eigentlich mehr für die Kriminalpolizei tut.

Karl Lehmann



„BürgerInnen beobachten die Polizei“

Ein Seminar des DGB-Bildungswerks und die Reaktion der GdP Thüringen

Das DGB-Bildungswerk Thüringen beabsichtigt am 7. Dezember 2013 ein Seminar zum Thema „BürgerInnen beobachten die Polizei“ durchzuführen. GdP-Landesvorsitzender Marko Grosa hat dazu Beschwerde beim Vorsitzenden des DGB Hessen-Thüringen und der Regionalvorsitzenden des DGB Thüringen eingelegt. Nachfolgend der Wortlaut des Schreibens vom 15. November 2013:

Lieber Stefan,
liebe Renate,
zwei E-Mails, die wir kürzlich über die DGB-Jugend, Leila Schilow, erhielten, veranlassen mich, bei Dir als Gewerkschaftsvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen Beschwerde einzulegen.

Am 5. November 2013 erreichte uns ein Aufruf zur Solidarität mit Kriegsflüchtlings. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wir befürworten die Solidarität mit jedem in Not geratenen Menschen. Die Polizei hat zu jeder Unterstützungsüberlegung keine andere Auffassung, aber offenkundig zielen die Bildungsveranstaltungen des DGB mehr auf polizeiliche Maßnahmen als auf das eigentliche Hilfsanliegen ab. So heißt es beispielsweise im Demonstrationsaufruf: „Treffpunkt: 16 Uhr am Hauptbahnhof Erfurt, hoffentlich ohne rassistische Polizeikontrollen!“

Der Vorwurf rassistischer Polizeikontrollen in Thüringen wurde von der GdP schon hinreichend aufgegriffen sowie in Schriftsätzen und Interviews richtiggestellt. Insofern erspare ich mir dazu an dieser Stelle eine ausführlichere Abhandlung.

Unser Kollege Wolfgang Gäbler hat sich mit seiner E-Mail vom 6. November 2013 bereits an Dich und Renate Licht gewandt und sich gegen die Aussage von Leila Schilow geäußert und Euch um eine interne Auswertung gebeten. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Nun erreichte uns am 12. November 2013 per E-Mail – ebenfalls von der DGB-Jugend Thüringen, Leila Schilow – die Einladung des DGB-Bildungswerkes e.V. für zwei Bildungsveranstaltungen:

23. November 2013 Versammlungsrecht in der Praxis

7. Dezember 2013 BürgerInnen beobachten die Polizei.

Wir begrüßen sehr, wenn zum Versammlungsrecht Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden, denn es gibt ein im Grundgesetz Artikel 8 verankertes Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Alle weiteren Gesetze zum Versammlungsrecht ordnen sich diesem Artikel des Grundgesetzes unter. Das Verständnis für dieses Gesetz ist Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf von Versammlungen und Aufzügen, die ja oft maßgeblich von Gewerkschaften organisiert werden. Insoweit klingt das Seminar zum Versammlungsrecht am 23. November 2013 inhaltlich auch nach einer tatsächlichen Schulung von Versammlungsteilnehmern oder Organisatoren.

Kein Verständnis jedoch haben wir GdP-Kolleginnen und -Kollegen für das am 7. Dezember 2013 stattfindende zweite Seminar „BürgerInnen beobachten die Polizei“. Hier heißt es im Seminarprogramm unter der Überschrift „Der Frust muss raus“, dass es die Polizei und ihre Maßnahmen zu beobachten gilt, wofür man sogar eine Gruppe zu bilden beabsichtigt. Entscheidende Eckpunkte des Seminars, wie

- Rechtliche Hintergründe der Polizei-beobachtung
- Was hat die Polizei bei ihrem Agieren zu beachten?
- Was tun bei Polizeiübergreifen?
- Wie macht man Pressearbeit?
- Wo liegen Grenzen der Polizei-beobachtung?

machen deutlich, dass es in diesem Seminar eben nicht um das Versammlungsrecht im eigentlichen Sinne geht, sondern darum, wie man sich den Maßnahmen der Polizei erfolgreich entzieht. Offenkundig scheint auf der unter dem DGB organisierten „gegnerischen Seite“

der Polizei keinerlei Verständnis für die Aufgaben unserer Kolleginnen und Kollegen zu existieren. Man unterstellt, dass die Polizei willkürlich Versammlungsteilnehmer verletzt oder festnimmt, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage oder Legitimation gibt.

Angemessener wäre darüber zu schulen, wann ein Versammlungsteilnehmer oder Organisator den rechtlichen Rahmen unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes verlässt. Mit einer solchen Schulung würde auch mehr Verständnis für daraus resultierende Aufgaben der Polizei entstehen, die zu Eingriffen verpflichtet ist, sobald Straftaten vorliegen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die bundesweit angelegte Aktion der GdP „Auch Mensch“ hin,

Reihe zum
Versammlungsrecht



23.11.2013 Versammlungsrecht in der Praxis
07.12.2013 BürgerInnen beobachten die Polizei

but
DGB-Bildungswerk
Thüringen e.V.

die auf Initiative unserer Jungen Gruppe entstand. Denn genau die Kolleginnen und Kollegen sind es, die Woche für Woche den Angriffen derart geschulter Versammlungsteilnehmer ausgeliefert sind und zum Teil durch vermummte Störer erhebliche Körperverletzungen erleiden. Viele solcher vermeintlich friedlicher Demonstranten nehmen an diesen Veranstaltungen nicht der Sache wegen teil, sondern um ein Gefecht mit staatlichen Sicherheitskräften auszugetragen.

Es wäre daher eine wichtigere Aufgabe des DGB, Versammlungsteilnehmer/-teilnehmerinnen dahingehend zu beschulen, wie sie sich von solchen Krawall suchenden Demonstranten distanzieren, um den Wert der Veranstaltungen nicht infrage zu stellen.



GEWERKSCHAFTEN

PERSONEN

Großer Bahnhof zum 60. Geburtstag

Die GdP wäre sogar bereit gewesen, in einem solchen Seminar die Aufgaben und Befugnisse der Thüringer Polizei und das unstrittig pflichtgemäße Handeln zu erläutern.

Diese Verfahrensweise einer unverkennbar extrem politischen Grundhaltung, ganz gleich in welcher Richtung, unter Federführung des DGB forciert eine bundesweit bestehende Diskussion darüber, ob die GdP unter dem Dach des DGB noch zeitgemäß aufgehoben ist.

Der DGB tut nichts dafür, dass die unterschiedlichen Interessen minimiert und ein gepflegtes Miteinander gelebt wird. Vielmehr sieht es danach aus, dass mit Genehmigung oder zumindest stillschweigender Duldung des DGB die demokratische Grundordnung angezweifelt wird.

Lieber Stefan, liebe Renate, in der Gesamtbetrachtung der angezeigten Seminarinhalte würde ich das Gelesene kurzum als Frechheit gegenüber der GdP zusammenfassen. Der gesamte Landesvorstand der GdP Thüringen ist darüber entsetzt und wir erwarten von Euch eine klare Positionierung!

Die Kardinalsfrage, die derzeit bundesweit aufgeworfen wird, lautet: „Hat die GdP unter dem Dach des DGB noch eine Zukunft?“ Helft uns dabei, diese Frage zielführend zu beantworten!

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Marko Grosa,
GdP-Landesvorsitzender Thüringen

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag noch keine Reaktion des DGB Hessen-Thüringen vor. DP wird weiter über den Vorgang berichten.

Suhl (eg). Am 6. 12. 2014 feierte Personalratsvorsitzende Marieta Lindner in der Landespolizeiinspektion Suhl ihren 60. Geburtstag.

Marieta Lindner ist eine der aktivsten Frauen in der GdP Thüringen. Anfang 1990 hat sie in Suhl die GdVP-Kreisgruppe mitgegründet. Gleiches gilt für die Gründung der Kreisgruppe der GdP im Oktober 1990. Fast ununterbrochen hat sie der Kreisgruppe Suhl als Vorsitzende vorgestanden. Im geschäftsführenden Vorstand hatte sie über mehrere Wahlperioden Funktionen bis hin zur stellvertretenden Landesvorsitzenden für den Tarifbereich inne, welchen sie auch gegenwärtig noch begleitet.

Dienstlich hat sie über viele Jahre den Vorsitz im Personalrat der LPI Suhl geleitet. Daneben war sie mehrere Jahre stellvertretende Vorsitzende im Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei. 2012/13 führte sie den Hauptpersonalrat als Vorsitzende. Und das alles als Tarifbeschäftigte in der Entgeltgruppe 5.

Polizeidirektor Wolfgang Nikolai und GdP-Landesvorsitzender Marko Grosa würdigten die Arbeit der Jubilarin und wünschten ihr noch viele schöne und gesunde Jahre in und außerhalb der Polizei und der Gewerkschaft. Diesen Wünschen schloss sich eine große Schar von Gratulanten aus der Polizei, dem Personalrat und der Gewerkschaft an.



Marieta Linder (4. v. l.) mit ihrem Dienststellenleiter und GdP-Kollegen.

Foto: Jäger

SENIORENJOURNAL

Glockenmuseum und „Olle DDR“

Am 25. September 2013 lud die Seniorengruppe Jena unter Leitung von Jürgen Fuhrmann zu einem Besuch in die Textil- und Glockenstadt Apolda ein. Im Glockenmuseum begrüßte der Tourismusbeauftragte und Stadtführer Thomas Burkhardt, alias David der Strickermann, die 26 Teilnehmer des Ausfluges.

Zuerst gab er ihnen einen Einblick über die Entwicklung der Textilindustrie von 1953 bis zur Gegenwart. Der gelernte Dipl.-Ing. für Textiltechnologie verstand es anhand der ausgestellten Maschinen, ob Raschel- oder Strickmaschine sowie verschiedener anderer Maschinen, den Anwesenden die Apoldaer Textilindustrie vertraut zu machen bzw. sie für die noch vorhandenen Apoldaer Strickunternehmen zu sensibilisieren.

Nicht anders war es beim Rundgang durch das Glockenmuseum. Hier erfuhren die Anwesenden viel über die Entwicklung und Herstellung der europäischen Turmglocken. Natürlich wurde auch über einige bekannte Glocken, die aus der Apoldaer Gießerei hervorgegangen sind, gesprochen. Dazu zählt unter anderem die Hauptglocke des Köl-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

ner Doms, liebevoll auch „Dicker Pitter“ genannt. Auf dem Turm des Kroch-Hochhauses am Leipziger Augustusplatz erklingt das größte Turmschlagwerk, das es in der DDR gab, und nicht zu vergessen, die Gedächtnisglocke von der Buchenwaldgedenkstätte bei Weimar. Auch das alle paar Jahre stattfindende Weltglockengeläut in Apolda kam in seinen Ausführungen zur Sprache.

Anschließend ging es in die nur einen Steinwurf entfernte Ausstellung „Olle DDR“. Die Baracke der ehemaligen Kreisverwaltung bietet hierzu ein ebenfalls originelles wie nachdenkliches Ambiente.

Die Ausstellung zeigt über 12 000 Exponate aus der alten DDR-Zeit, die bei vielen Gästen ein Schmunzeln hervorrief. Erkannten sie doch die alte Küche, das Wohnzimmer, den ersten Fernseher oder andere Gegenstände wieder. Kurz gesagt, in diesen Räumen



Auf dem Freigelände des Glockenmuseums

Foto: KG Jena

spürte man, wie jeder für sich selbst mit den Erinnerungen an die DDR umging.

Nach dem Besuch dieser Einrichtungen ging es weiter in die Lutherkirche. Der Stadtführer sang zu Ehren der Senioren das Lied „Es steht ein Soldat am Wolgastrand“. Durch die herrliche Akustik in der Kirche war das ein tolles Erlebnis besonderer Art.

Im Auftrag der Senioren bedankte Jürgen Fuhrmann sich bei Herrn Burkhardt für seine sehr gute Führung und den Gesang.

Zum Abschluss des Tages waren die Senioren noch im gegenüberliegenden Stadtcafé zu einem kleinen Imbiss. Alles in allem war es ein gelungener Ausflug!

Stasi-Überwachung im Bezirk Gera

Ganz nah dran an den Tausenden Stasiakten und Personenerfassungskarteien von DDR-Bürgern des damaligen Bezirkes Gera waren 17 Kollegen der Seniorengruppe der KG Jena. Wir besuchten im November die Stasi-Unterlagen-Behörde, Außenstelle Gera.

In einem interessanten Vortrag erfuhren wir, dass die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit – MfS) nicht nur die militärisch organisierte Geheimpolizei der DDR, sondern gleichzeitig Ermittlungsbehörde und Auslandsgeheimdienst war und ihre eigenen Untersuchungsgefängnisse hatte. Sie war laut Volkskammer der DDR zum Schutz der Volkswirtschaft und des Volkes „notwendig“.

Die DDR hatte 17,6 Mio. Einwohner. Für deren „Schutz“ standen 91 000 MfS-Mitarbeiter und 173 000 Spitzel zur Verfügung. Es gab 14 Bezirks- und 209 Kreisdienststellen des MfS. Zudem wurden vom MfS geheime Wohnungen angemietet. Die politische operative Arbeit des MfS gestaltete sich durch das Zusammenwirken mit dem Ministerium des Inneren, der Polizei, den Ämtern für Arbeit, den Schulen, den Abteilungen Kader und Bildung aus Betrieben und Institutio-

nen u. a. Die Mittel und Methoden der Beobachtung erstreckten sich über Observationen an vorrangig den Orten, wo sich Bürger aus Ost und West begegneten, wie z. B. am Hermsdorfer Kreuz oder in den Handelseinrichtungen des Intershop.

Es fanden Briefkontrollen statt. In der Zeit von 1985 bis 1989 wurden täglich 90 000 Briefe geöffnet und gelesen und dabei Gelder in Höhe von 32 725 913 Mio. DM entnommen. Es fanden geheime Wohnungsdurchsuchungen statt, mit denen z. T. auch die Polizei beauftragt wurde. Die Abhörtechnik war ein viel genutztes Mittel der Beobachtung. Über alle gewonnenen „Erkenntnisse“ wurden genauestens Akten geführt.

Das MfS hinterließ bei seiner Auflösung 180 km (!) Akten. Dazu kommen noch 15 000 Säcke mit zerrissenem Material. Hierbei handelt es sich um Akten von observierten Personen, die von der Stasi „vorvernichtet“ wurden. Seit 2007 begann man in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut die virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen zu erproben.

Der Rundgang durch das Haus begann im Karteiraum, wo sämtliche „Ergebnisse“ der Beobachter – haupt-

sächlich der IM (inoffizielle Mitarbeiter) der Stasi – niedergeschrieben und nach Orten und Straßen registriert wurden. Man kann es sich kaum vorstellen, aber allein in der Behörde Gera lagern 1 600 000 Karteikarten, 16 000 Fotonegative, 13 700 Tonträger aus der Telefonüberwachung, um nur einige Zahlen zu nennen. Ein kleines Museum, in welchem die Technik der Stasi zu sehen war, machte deutlich, mit welchem Aufwand die Staatssicherheit im Auftrag der SED das Leben der DDR-Bürger kontrollierte und überwachte. Dabei spielte die Privatsphäre der Bürger überhaupt keine Rolle!

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist noch lange nicht beendet. Seit vor mehr als 20 Jahren die ersten Akteneinsichten stattfanden, sind bei der Stasi-Unterlagen-Behörde fast 6,8 Mio. Anträge auf Einsichtnahme eingegangen. Die Aufarbeitung also geht weiter. Dabei geht es nicht in erster Linie um Akten, sondern um Menschen und ihre Schicksale. Alles in allem war dieser Besuch eine gelungene Sache und hat so manchem von uns nicht nur ein Stauen abgerungen, sondern auch einen Schauer über den Rücken laufen lassen.

U. Lämmerzahl



SENIORENJOURNAL

Rustikales Ritteressen

Saalfeld (SW). Am 23. 10. 2013 trafen sich die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe Saalfeld zum traditionellen Herbstessen in Form eines rustikalen Ritterschmauses.

Treffpunkt war die Gastlichkeit „Domäne“ in Groschwitz. Ein empfehlenswerter Ferienhof mit einer Festscheune und einem umfangreichen landwirtschaftlichen Museum. Die Außergewöhnlichkeit der Befriedigung menschlicher Essgewohnheiten garantierte eine hohe Teilnehmerzahl. Die Seniorinnen und Senioren mit ihren Partnern wurden in ihren Erwartungen nicht enttäuscht. Die Vielfältigkeit und Darreichungsweise kann kaum übertroffen werden.

Aufgetischt wurden Kräuterbraten, Krustenbraten, Mutzbraten, Pute, Ente, rustikale Schlachtplatte, Sauerkraut, Bauernbrot, Pellkartoffeln, Fetttopf, Salate, mehrere Käsesorten und Gewürzgurken. Jeder konnte, bewaffnet mit Spieß und Dolch (Messer und Gabel), sich von den einzelnen Speisen, seinem Hunger und Appetit entsprechend, selbst bedienen. Von einem freundlichen Ritterfräulein wurden die Getränke gereicht. Die einzelnen Speisen wa-

ren überaus schmackhaft. Nachdem sich alle die Bäuche gefüllt hatten, waren noch reichlich Speisen auf der Tafel, sodass sich jeder noch einen Teil Wegzehrung für den Nachhauseweg sichern konnte. Alle waren sich einig,

so ein Essen wird es im nächsten Jahr wieder geben.

Wir bedanken uns bei dem Organisator Erich Hüttenrauch und natürlich beim gesamten Team der gastlichen Einrichtung „Domäne“.



Impressionen vom Ritteressen

Foto: Bhanft

Jahresabschlussfeier in Saalfeld

Saalfeld (u.b.). Am 27. 11. 2013 trafen sich, wie jedes Jahr, die Senioren der Kreisgruppe Saalfeld in der Gaststätte „Anemüller in Eyba“ zur Abschlussveranstaltung des Jahres 2013.

Zu Beginn der Veranstaltung wurden durch den Vorsitzenden der Seniorengruppe, Siegfried Wäntig, die drei besten Bowlingspieler (männlich und weiblich) mit einer Urkunde geehrt. Danach hielt der Vorsitzende einen Jahresrückblick über alle Veranstaltungen im Jahr 2013.

Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, dass es ein sehr erlebnisreiches Jahr war. Ob Kräuterwanderung, unser gemeinsamer Ausflug nach Dresden, die Pilzwanderung, besonders hervorzuheben auch unser Sportfest, das sogenannte Ritteressen und auch zu erwähnen unsere regelmäßigen Bowlingnachmittage, alles war sehr schön. Hier sind aber nicht alle Treffen erwähnt.

Für das kommende Jahr 2014 haben wir uns auch wieder viel vorgenommen.

Das ist in unserem neuen Arbeitsplan enthalten. Diskutiert wurde noch über einen Besuch in der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar zuzüglich einer Stadtführung. Letztlich haben sich alle Anwesenden für die Stadtrundführung im Mai nächsten Jahres entschlossen.

Bei Kaffee und vorzüglichem Kuchen ließen es sich alle gefallen. Es wurde viel erzählt und die Zeit verging wie im Fluge. Alle hoffen, dass das kommende Jahr genauso schön wird und dass alle mit guter Gesundheit die geplanten Veranstaltungen wahrnehmen können.

Veranstaltungsplan 2014			
Seniorengruppe Saalfeld			
Datum	Veranstaltung	Uhrzeit	Ort
08.01.2014	Karpfenessen	12.00	Wetzdorf
20.01.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
12.02.2014	Stammtisch	15.00	Eyba
03.03.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
09.04.2014	Sorbische Ostereier gestalten (Kinder + Enkel)	16.00	Eyba
14.04.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
30.04.2014	Kräuterwanderung	10.00	???
14.05.2014	Stammtisch	15.00	Eyba
26.05.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
18.06.2014	Busexkursion Thüringer Wald	07.00	Saalfeld
07.07.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
23.07.2014	Pokalschießen	10.00	Kamsdorf
06.08.2014	Stammtisch	15.00	Eyba
18.08.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
10.09.2014	Sportfest	15.00	Hohenwarte
29.09.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
08.10.2014	Pilzwanderung	09.00	???
22.10.2014	Stammtisch	15.00	Eyba
10.11.2014	Bowling	14.30	Gorndorf
19.11.2014	Schlachtessen	15.00	???
03.12.2014	Jahresabschluss	15.00	Eyba
15.12.2014	Bowling	14.30	Gorndorf





Krisenintervention und Beratungsteams in ...

... Sachsen

Nach 16 Jahren des Bestehens umfasst das Dezentrale Beratungsteam in Sachsen 35 Mitglieder.

Es setzt sich aus besonders geschulten Sozialwissenschaftlern, Seelsorgern, Polizeibediensteten und Polizeiarzten aus der sächsischen Polizei zusammen, welche diese anspruchsvolle Aufgabe im Nebenamt leisten.

Das Team steht den Kolleginnen und Kollegen nach belastenden Ereignissen in vertraulichen Einzel- oder Gruppengesprächen zur Verfügung. Um die nächsten gemeinsamen Schritte zu planen, geschieht dieses meist bereits direkt nach dem Einsatz.

Die Mitglieder geben praktische Hilfen und Informationen nicht nur für betroffene Kolleginnen und Kollegen, sondern auch für Vorgesetzte und Angehörige. Ebenso bietet das Team verschiedenste Fortbildungen zum Umgang mit Stressbelastung an.

Aufgegliedert ist das Beratungsteam auf die einzelnen Polizeidirektionen/Einrichtungen. Ein Sozialwissenschaftler als Koordinator stimmt die Arbeiten, Einsätze und Fälle der Bereiche ab.

Die einzelnen Mitglieder des Beratungsteams kommen in der Regel in dem Bereich der Polizei zum Einsatz, in dem sie ihren eigenen Arbeitsplatz haben, um den Kolleginnen und Kollegen die bestmögliche Unterstützung geben zu können.

Die Leiterin des Dezentralen Beratungsteams und somit auch die Geschäftsstelle des Teams sitzt bei der Hochschule der Polizei (FH) mit Sitz in der Außenstelle Fortbildungszentrum Bautzen.

Erreichbar sind die Mitglieder über das Intranet im Bereich Lage oder unter der zentralen Rufnummer 0 35 91-2 12 31 98.

Jan Krumlovsky

... Sachsen-Anhalt

Nach einer Pilotierungsphase ab dem Jahr 2008 wurden 2011 in allen PDen Kriseninterventionsteams (KITs) eingerichtet. Für die PDen Süd/Ost und die FHS ist das Team Süd/Ost und für die PD Nord, LBP und LKA das Team Nord zuständig. Die Teams setzen sich aus Mitarbeitern der jeweiligen Behörden und Einrichtungen zusammen. Der Einsatz der KITs erfolgt über die Lage- und Führungszentren (LFZs), wobei die Teams 24 Stunden Bereitschaftsdienst durchführen. Die KITs sind ausschließlich für Polizeibeamtinnen und Beamten und deren Familien zuständig und grenzen sich somit von den in den Landkreisen und Kommunen tätigen Notfallseelsorgeteams ab.

Die Aufgaben der KITs umfassen die psychosoziale Notfallbetreuung nach traumatischen dienstlichen Ereignissen, im privaten Umfeld sowie die Betreuung bei größeren Gefahren- und Schadenslagen. Durch das Ministerium des Innern und Sport wurde im Juli 2011 die Tätigkeit im KIT durch einen Erlass geregelt. Den Teams gehören neben Mitarbeitern der Behörden und Einrichtungen auch Landespolizeipfarrer/-in und Polizeiarzte an. Sie führen ihre Tätigkeit im Nebenamt aus und können ihre Einsatz- und Bereitschaftszeit, sofern diese außerhalb der Dienstzeit liegt, als Freizeit abgelten. Die Ausbildung umfasst 60 Stunden. Jährlich finden Fortbildungen und regelmäßige Supervisionen statt. Seit Bestehen der KITs in der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt kamen diese 86-mal zum Einsatz. Mit der Schaffung der KITs wurde ein niederschwelligeres und verlässlicheres System geschaffen, als das bis dahin existierende System, welches der Betreuungserlass vorsah. Die Anforderung kann auf zwei verschiedenen Wegen geschehen. Zum einen auf persönlichen Wunsch der Kolleginnen und Kollegen und zum anderen durch das Vorliegen von Pflichtindikationen, hier ist ein Einsatz der KITs verpflichtend.

Sven Wolter

... Thüringen

Die Krisenintervention und die Beratung nach besonders belastenden Ereignissen sind in Thüringen in einer „Konzeption zur Betreuung von Polizeibeamten nach besonders belastenden beruflichen Ereignissen“ geregelt. Das Konzept richtet sich damit ausschließlich an Polizeibeamte und dienstliche Ereignisse. Sachverhalte außerhalb des Dienstes werden also von der Konzeption nicht erfasst.

Das Konzept richtet sich neben dem Betroffenen zunächst an Vorgesetzte und Kollegen. Bei der Feststellung von Belastungsreaktionen ist zunächst der Dienststellenleiter zu informieren. Dieser entscheidet über weitere Maßnahmen wie Gesprächsangebote, Herausnahme aus dem Dienst oder den Einsatz, Einbeziehung des psychologischen Dienstes oder der Polizeiseelsorge.

Die fachliche Betreuung erfolgt dann durch den polizeipsychologischen Dienst. Neben Fachärzten ist dort ein Kriseninterventionsteam tätig. Es besteht aus Polizeipsychologen und Angehörigen der Thüringer Polizei, die fachspezifisch für diese Aufgabe qualifiziert wurden. Es führt auf Weisung des polizeipsychologischen Dienstes Betreuungsmaßnahmen durch. Die Angehörigen der Thüringer Polizei sollen besonders ihre Berufserfahrung und ihr konkretes Wissen um polizeiliche Einsatzsituationen in die Betreuung betroffener Beschäftigter einbringen. Die Anforderung und der Einsatz erfolgt über den polizeipsychologischen Dienst mit Zustimmung des Innenministeriums. Der Leiter des polizeiarztlichen Dienstes und die Dienststellenleiter der Teammitglieder sind einzubeziehen.

Nach dem Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium hat sich in Thüringen eine „Selbsthilfegruppe – belastende Ereignisse im Polizeidienst“ gebildet. Sie bietet Polizeibeamten eine weitere Möglichkeit, belastende Ereignisse im Dienst zu bewältigen. Kontaktdaten finden sich im Intranet.

Edgar Große

